

**Niederschrift
über die Sitzung des Rates
am 29.03.2012
von 16:30 Uhr bis 17:45 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Großer Sitzungssaal**

Anwesend sind:

Oberbürgermeisterin

Frau Beate Wilding

Erster Stellvertreter der Oberbürgermeisterin

Herr Lothar Krebs

Zweite Stellvertreterin der Oberbürgermeisterin

Frau Monika Hein

Dritter Stellvertreter der Oberbürgermeisterin

Herr David Schichel

Ratsmitglied

Herr Volker Apmann

Herr Fritz Beinersdorf

Herr Martin Brink

Herr Luigi Costanzo

Herr York Edelhoff

Herr Kurt-Peter Friese

Herr Wieland Gühne

Herr Peter Otto Haarhaus

Herr Karl Heinz Humpert

bis 17.40 Uhr

Herr Stephan Jasper

Frau Therese Jüttner

Herr Kai Kaltwasser

Herr Thomas Kase

Frau Gabriele Kemper-Heibutzki

Herr Roland Kirchner

Herr Michael Kleinbongartz

Frau Elfriede Korff

Frau Karen Krebs

Frau Ilona Kunze-Sill

Herr Klaus Küster

Frau Gabriele Leitzbach

Herr Wolf Lüttinger

Herr Arndt Mähler

Herr Klaus Mandt

Herr Hans Peter Meinecke

Frau Brigitte Neff-Wetzel

Frau Susanne Pütz

Herr Bernd Quinting

Frau Herta Rohrweck

Frau Elke Rühl

ab 17.00 Uhr

Herr Axel Schad

Herr Hans Lothar Schiffer

Frau Dorothea Schlächter

Frau Beatrice Schlieper

Herr Norbert Schmitz

Herr Frank Schneider

Herr Jochen Siegfried

Frau Rosemarie Stippe Kohl

Herr Peter-Edmund Uibel
Frau Jutta Velte
Herr Stefan Wagner
Herr Philipp Wallutat
Herr Sven Wolf

Beigeordneter

Herr Dr. Christian Henkelmann

Stadtkämmerin

Frau Bärbel Schütte

von der Verwaltung

Herr Oliver Winn
Herr Lutz Heinrichs
Herr Arnd Zimmermann
Herr Roland Wagner
Herr Sven Wiertz
Herr Hans-Gerd Sonnenschein
Herr Klaus Peter Listner
Herr Bernd Lindmeyer
Herr Lutz Lajewski

Schriftführer

Herr Jürgen Schulz

Tagesordnung

I. Öffentlich

- | | | |
|--------------|---------|---|
| 1 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Verschiedene wichtige Finanzierungsvorlagen |
| 2.1 | | Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes NRW - KiBiz - |
| 2.1.1 | 14/1736 | Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes NRW - KiBiz -
Verwendung der Bundes- und Landesmittel für den Ausbau U3 2012/13
- Vorlage wird von der Tagesordnung zurückgezogen |
| 2.1.2 | 14/1827 | Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes NRW - KiBiz -
U 3 Ausbau in Kindertageseinrichtungen
Information zur Finanzierungslage in Verbindung mit den Ratsbeschlüssen vom 13.10.2011 - DS 14/1143 und 14/1144 |
| 2.1.3 | 14/1803 | Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes NRW - KiBiz
Verwendung der Bundes- und Landesmittel für den Ausbau U 3 in den Jahren 1012/2013 |
| 2.2 | 14/1744 | Brandschutzmaßnahmen an verschiedenen Schulen |
| 2.3 | 14/1801 | Kommunales Bildungszentrum
Einführung der RFID-Technologie in der öffentlichen Bibliothek |
| 2.4 | 14/1804 | Gründung des Kommunalen Bildungszentrums
Außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Produkt 04.03.01 - Bibliothek- |
| 2.5 | 14/1810 | Aktualisierung des Investitionsprogramms |
| 3 | 14/1832 | Entwurf des Haushaltssanierungsplans für die Stadt Remscheid im Rahmen der Umsetzung des Stärkungspaktgesetzes Nordrhein-Westfalen
- Tischvorlage |
| 4 | 14/1799 | Gründung der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH |
| 5 | 14/1815 | Außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Landtagswahl am 13. Mai 2012 |

I. Öffentlich

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

OB Wilding eröffnet die ordnungsgemäß einberufene Sitzung und geht auf die Änderungen der Tagesordnung ein:

zu TOP

- 2.1.1 Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes NRW - KiBiz -
Verwendung der Bundes- und Landesmittel für den Ausbau U 3 2012/13
- Die Vorlage 14/1736 wird von der Tagesordnung zurückgezogen und ersetzt durch die Drucksachen 14/1827 und 14/1803.

- 2.1.2 Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes NRW - KiBiz -
U 3 Ausbau in Kindertageseinrichtungen
Umsetzung der Ratsbeschlüsse vom 13.10.2011
- DS 14/1143 und 14/1144
Die Vorlage 14/1806 wird zurückgezogen; die neue Vorlage 14/1827 wurde nachversandt.

- 3 Haushaltssanierungsplan für die Stadt Remscheid (Umsetzung des Stärkungspaktgesetzes Nordrhein-Westfalen)
Die Drs. 14/1832 mit neuem Betreff wurde vor der Sitzung als Tischvorlage verteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 46 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Rat stimmt den vorstehend vorgetragenen Änderungen und Ergänzungen der Tagesordnung zu.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

2. Verschiedene wichtige Finanzierungsvorlagen

OB Wilding weist auf die zurückgezogene Vorlage 14/1736 hin, die durch die Drucksachen 14/1827 und 14/1803 ersetzt wurde.

2.1. Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes NRW - KiBiz -

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

- 2.1.1. **Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes NRW - KiBiz -
Verwendung der Bundes- und Landesmittel für den Ausbau U3 2012/13
- Vorlage wird von der Tagesordnung zurückgezogen
Vorlage: 14/1736**

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

- 2.1.2. **Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes NRW - KiBiz -
U 3 Ausbau in Kindertageseinrichtungen
Information zur Finanzierungslage in Verbindung mit den Ratsbeschlüssen vom 13.10.2011 - DS 14/1143 und 14/1144
Vorlage: 14/1827**

RM Leitzbach trägt vor, dass neben den Kindern mit ihren Eltern insbesondere auch die Bewohner des Ortsteils Kremenholl entsetzt über den Brand in der dortigen Kindertageseinrichtung waren. Er habe tiefgreifende Auswirkungen bei den Kindern gehabt. Sie selbst habe sich davon überzeugen können, dass sich die Mitarbeiter/-innen des Jugendamtes und die Erzieher/-innen professionell verhalten haben und die Kinder einfühlsam betreut haben. Die Hilfen waren bedürfnisorientiert. An dieser Stelle wolle sie sich bei allen Beteiligten vor Ort bedanken. Sie halte es für wichtig, dass der Aufbau und Ausbau der Einrichtung weiter begleitet werde. Die Spendenbereitschaft bei der Kremenholler Bevölkerung für die Wiederherstellung der Kindertageseinrichtung sei bemerkenswert und verdeutliche ein Wir-Gefühl.

OB Wilding spricht auch im Namen des Rates den besonderen Dank an die Beteiligten aus.

RM Jüttner unterstützt die Ausführungen der Vorrednerin und fragt, ob der Verwaltung bekannt sei, wie die Förderung der Landesmittel aktuell aussehe. Hierüber wünsche sie eine verbindliche Aussage.

Herr Nowack teilt mit, die Verwaltung habe die grundsätzliche Information, dass auch bei der veränderten Situation der Landesregierung mit den anstehenden Neuwahlen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung die Fördermittel des Landes kommen sollen. Das genaue Verfahren könne er heute noch nicht mitteilen. Das Land habe ein besonderes Interesse daran, die Kommune zeitnah zu informieren, damit der U33-Ausbau zügig vorangehen könne. Vorher müsse der Rat aber noch die entsprechenden Beschlüsse aufgrund der vorliegenden Vorlagen treffen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.3. Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes NRW - KiBiz
Verwendung der Bundes- und Landesmittel für den Ausbau U 3 in den Jahren 1012/2013
Vorlage: 14/1803**

RM Brink nimmt nicht an Beratung und Abstimmung teil.

OB Wilding lässt über die Beschlussempfehlung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 46 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

1. Verwendung der Bundesmittel für den Ausbau U3 in 2012

1.1 Bundesmittel in der Gesamthöhe von 434.400 € werden zur Realisierung folgender Ausbaumaßnahmen U3 im Jahr 2012 eingesetzt:

- Villa Kunterbunt e.V., Edelhoffstrasse 270.000 €
- Stadt Remscheid, Kremenholler Str. 162.000 €
- Maßnahmen in Kindertagespflege 2.400 €

Die Bewilligungen der Bundesmittel werden beim Landesjugendamt beantragt. Hilfsweise werden Anträge auf vorzeitigen Maßnahmebeginn gestellt für den Fall, dass zeitnahe Bewilligungen nicht ausgesprochen werden.

1.2 Zur Umsetzung des Beschlusses werden in der Einzahlung insgesamt 434.400 € zusätzlich im Investitionsprogramm wie folgt eingeplant:

INV514030 – Umbau U3 in städtischen Gebäuden, Einzahlung 270.000 € in 2012
 (Kindertageseinrichtung Villa Kunterbunt, Edelhoffstrasse)
 INV 513030E – Kindertageseinrichtung Kremenholler Str., Einzahlung 162.000 € in 2012
 INV 514031A – Kindertagespflege, Einzahlung 2.400 € in 2012

2. Verwendung der fachbezogenen Pauschale des Landes für den Ausbau U3 in 2012 und 2013

2.1 Landesmittel in Gesamthöhe von 231.710 € werden zur Realisierung folgender Ausbaumaßnahmen U3 im Jahr 2012 eingesetzt:

- Montessori Kinderhaus e.V., Ronsdorfer Str.	68.000 €
- Initiative Jugendhilfe e.V., Klauser Delle	34.000 €
- Ahörnchen e.V., Ahornstrasse	129.710 €

Landesmittel in Gesamthöhe von 210.290 € werden zur Realisierung folgender Ausbaumaßnahmen U3 im Jahr 2013 eingesetzt

- Ahörnchen e.V., Ahornstrasse	210.290 €
--------------------------------	-----------

Nach Bereitstellung der Landesmittel und Bewilligung der fachbezogenen Pauschale durch das Landesjugendamt wird das Jugendamt der Stadt Remscheid entsprechende Bewilligungen erteilen. Innerhalb des Bewilligungszeitraums 2012 bzw. 2013 setzen die Träger die Maßnahmen um.

2.2 Zur Umsetzung des Beschlusses werden in der Einzahlung insgesamt 442.000 € zusätzlich im Investitionsprogramm wie folgt eingeplant:

INV514030 – Umbau U3 in städtischen Gebäuden, Einzahlung 34.000 € in 2012
 (Kindertageseinrichtungen Klauser Delle)
 INV 514031Q – Kindertageseinrichtung Ronsdorfer Str., Einzahlung 68.000 € in 2012
 INV 514031P – Kindertageseinrichtung Ahornstr., Einzahlung 129.700 € in 2012
 und 210.300 € in 2013

3. Restfinanzierung

Die Restfinanzierung der Maßnahmen unter Ziffer 1. und 2. aus kommunalen Mitteln gem. Ratsbeschluss vom 13.10.2011 bleibt unverändert.

2.2. Brandschutzmaßnahmen an verschiedenen Schulen Vorlage: 14/1744

RM Beinersdorf fragt, ob bei der Planung der Maßnahmen Brandschutzexperten beteiligt worden seien.

Beig. Dr. Henkelmann teilt mit, dass 2 Experten der Fachabteilung und der Bauaufsicht in die Planungen einbezogen waren.

Abstimmungsergebnis:

Ja 46 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

1. Für die schnellstmögliche Umsetzung erforderlicher investiver Maßnahmen zum vorbeugenden baulichen Brandschutz am Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium, Gertrud-Bäumer-Gymnasium, Röntgen-Gymnasium und Schulzentrum Klausen werden im Haushalt 2012 mit sofortiger Wirkung insgesamt 1.260.000 Euro außerplanmäßig auf der INV-Nr. 40 90 00 bereitgestellt.

Die für 2013 erforderlichen Mittel in Höhe von 260.000 Euro sind im Rahmen der Haushaltsplanung im Investitionsplan einzuplanen.

2. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der Bildungspauschale 2012.

**2.3. Kommunales Bildungszentrum
Einführung der RFID-Technologie in der öffentlichen Bibliothek
Vorlage: 14/1801**

RM Beinersdorf führt aus, dass sich seine Fraktion gegen die Zusammenlegung der Bildungsinstitute ausgesprochen habe. Durch die Einführung der RFID-Technologie und der damit verbundenen Personalreduzierung werde ein Qualitätsabbau stattfinden, mit dem sich seine Fraktion nicht einverstanden erklären könne. Daher werde die Fraktion dieser Beschlussvorlage ebenso nicht zustimmen wie der Beschlussempfehlung zu der Drucksache 14/1804 unter TOP 2.4.

Abstimmungsergebnis:

Ja 42 Nein 3 Enthaltungen 0

Beschluss:

I.

Die Haushaltsmittel für die Einführung der RFID-Technologie in der öffentlichen Bibliothek in Höhe von insgesamt 279.182,64 € im Produkt 04.03.01 – Bibliothek – werden wie folgt zur Verfügung gestellt:

1. Außerplanmäßige Bereitstellung in Höhe von 6.250 € für investive Maßnahmen auf Investitionsnummer INV443010 – Einführung RFID-Technologie (Neu) – im investiven Teil des Teilfinanzplans, Zeile 26 – Ausz. f. d. Erwerb v. bewegl. Anlagevermögen. Die Deckung erfolgt in Höhe von 5.000 € durch Mehrerträge aus Landeszuwendungen im gleichen Produkt; im übrigen im Rahmen des Jahresabschlusses 2012. Die Gesamtfinanzierung ist im Rahmen der aktuellen Fortschreibung des Investitionsprogramms 2012 gesichert.
2. Überplanmäßige Bereitstellung in Höhe von 52.350 € für konsumtive Maßnahmen im Teilergebnisplan, Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Die Deckung erfolgt in Höhe von 41.850 € durch Mehrerträge aus Landeszuwendungen im gleichen Produkt; im übrigen im Rahmen des Jahresabschlusses.
3. Einplanung im Investitionsprogramm 2013 in Höhe von 210.750 € bei Zuwendungen in Höhe von 127.000 € (ca. 52.000 € der Auszahlungen sind nicht förderfähig).
4. Einplanungen im Teilergebnisplan des Produkts in 2013 in Höhe von 9.950 € bei Zuwendungen in Höhe von 7.950 €

II.

Der 0,5 Anteil der Stelle mit der Stellenplannummer 42.00.00200 (mit Gründung des Kommunalen Bildungszentrums zum 01.01.2012 geändert in 44.00.01700) wird zum 01.09.2015 (entspricht 50 % der Stelle) und die 0,5 Stelle mit der Stellenplannummer 42.01.02500 (zum

01.01.2012 geändert in 44.03.02600) wird zum 01.09.2025 (entspricht 100 % der Stelle) mit einem kw1-Vermerk versehen.

**2.4. Gründung des Kommunalen Bildungszentrums
Außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Produkt 04.03.01 - Bibliothek-
Vorlage: 14/1804**

Abstimmungsergebnis:

Ja 43 Nein 3 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Notwendigen Mittel für die Gründung des neuen Kommunalen Bildungszentrums in Höhe von 238.250 € werden für das Jahr 2012 im Produkt 04.03.01. – Bibliothek – wie folgt finanziert:

1. Außerplanmäßige Bereitstellung in Höhe von 84.000 € für investive Maßnahmen auf Investitionsnummer INV443000 – Umbau Stadtbibliothek/Bildungszentrum (Neu) – im Teilfinanzplan, Zeile 25 – Ausz. f. Baumaßnahmen. Die Deckung erfolgt im Rahmen des Jahresabschlusses 2012. Die Finanzierung ist im Rahmen der aktuellen Fortschreibung des Investitionsprogramms 2012 gesichert.
2. Die konsumtiven Maßnahmen in Höhe von 154.250 € werden ohne zusätzliche Mittelbereitstellung aus den laufenden Ansätzen für die bauliche Unterhaltung finanziert.

**2.5. Aktualisierung des Investitionsprogramms
Vorlage: 14/1810**

RM Gühne legt dar, dass hier nur eine Mitteilungsvorlage zur Beratung anstehe, mit der das Prinzip Hoffnung zum Ausdruck gebracht werde. Es sollte allen klar sein, dass bei der Diskussion über den Stärkungspakt auch der Kreditbedarf damit zusammenhänge. Er führe an, dass die Mittel für die Erhaltung der Schulen um die Hälfte reduziert werden. Andererseits werden Einnahmen kalkuliert, auf die schon lange gehofft werde. Die Verwaltung wolle er bitten, dass - wie es sich bei dem Thema Brandschutz gezeigt habe - verdeutlicht werden müsse, welche Konsequenzen es habe, wenn anstehende Maßnahmen verschoben werden.

Die Mitteilung wird im Übrigen zur Kenntnis genommen.

**3. Entwurf des Haushaltssanierungsplans für die Stadt Remscheid im Rahmen der Umsetzung des Stärkungspaktgesetzes Nordrhein-Westfalen
- Tischvorlage
Vorlage: 14/1832**

OB Wilding trägt die Rede zur Einbringung des Haushaltssanierungsplanes vor (die Rede / ist der Niederschrift als Anlage beigefügt).

RM Gühne äußert, dass seine Fraktion die Einsparungen grundsätzlich unterstützen wolle; mit den Einsparungsvorschlägen müsse sie sich aber ernsthaft auseinandersetzen. Es müssten schwerwiegende Entscheidungen getroffen werden. Es sei für ihn nicht erkennbar, welchen Beitrag die Verwaltung leisten werde. Er vermisse weitere Einsparungsvorschläge bei der Stadtverwaltung, insbesondere beim Personal. In der Vorlage werden nur pauschale und wenig konkrete Ausführungen in dieser Hinsicht getätigt, insofern weichen diese von anderen Einsparvorschlägen ab. Die Einsparungsvorschläge in der Drucksache hätten auch in Arbeitsgesprächen erzielt werden können.

OB Wilding weist darauf hin, dass die Vorlage nur zur Kenntnis genommen werden solle und zur weiteren Beratung in die Ausschüsse und Bezirksvertretungen verwiesen werde.

Abstimmungsergebnis:

Ja 46 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

1. Der Rat nimmt den Haushaltssanierungsplan (Entwurf) 2012 - 2021 zur Kenntnis.
2. Der Haushaltssanierungsplan 2012 - 2021 (Entwurf) wird zur Beratung in die zuständigen Gremien verwiesen.
3. Die Ergebnisse aus den Beratungen der Gremien sind in einer Drucksache zusammenzufassen und dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat zur Entscheidung vorzulegen. Der Haushaltssanierungsplan ist fristgerecht gem. § 6 Abs. 1 des Stärkungspaketgesetzes NRW bis zum 30. Juni 2012 der Bezirksregierung zur Genehmigung vorzulegen.

**4. Gründung der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH
Vorlage: 14/1799**

RM Gühne legt dar, dass die Angelegenheit bereits im Haupt- und Finanzausschuss diskutiert worden sei. Nach der Diskussion habe er sich eine gleichrangigere Beteiligung der Stadt Remscheid erhofft, die sich in den Beratungsunterlagen jetzt nicht wiederfinde. Nach langer Diskussion wurden jetzt die Stadtwerke eingebunden. Die Stadt Remscheid sei bei einem Kostenvolumen von 700.000 EUR nur ein kleiner Beteiligter, in der Hoffnung, dass rund die Hälfte als Einnahmen dieses Kostenvolumen reduziere. Er könne nicht den Sinn dieser Aktion sehen. Es habe den Anschein, dass der Bergische Weg mit gegangen werden solle. Positiv könne er nur vermerken, dass den Vorgaben des Transparenzgesetzes entsprochen werde.

RM Beinertsdorf erklärt, dass die Überlegung zur Bildung der Gesellschaft für Ressourceneffizienz zukunftsgerecht sei. Es fehle aber bei den Beteiligten, zu denen Unternehmen zählen, z. B. die IHK. Die Unternehmen werden den größten Nutzen von der Gesellschaft haben. Wenn der Anteil der Unternehmen in anderer Form gestaltet werde, könne die Beschlussempfehlung mitgetragen werden.

OB Wilding erklärt, dass Unternehmen grundsätzlich beteiligt werden; so können sie u. a. durch Aufträge profitieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja 40 Nein 3 Enthaltungen 3

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Remscheid stimmt der Gründung der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH auf Basis des erarbeiteten Geschäftsmodells (siehe Anlagen 1 und 2) und vorbehaltlich der beantragten Fördermittel sowie der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, alle diesbezüglich notwendigen Schritte umzusetzen.
3. Die Beteiligung der EWR GmbH in Form einer Mitgliedschaft der EWR GmbH an dem zu gründenden Verein zur Förderung der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH und damit die mittelbare Beteiligung der EWR GmbH an der Bergischen

Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH auf Basis des erarbeiteten Geschäftsmodells wird befürwortet.

4. Der Vertreter der Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH wird beauftragt, der Beteiligung der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH an der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH auf Basis des erarbeiteten Geschäftsmodells und der damit verbundenen Gesellschaftsvertragsänderung der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH zuzustimmen.
5. Die Mittel für die Auszahlung des anteiligen Stammkapitals in Höhe von 1.562,50 € werden außerplanmäßig im Produkt 09.01.01 (Räumliche Planung und Entwicklung) auf Investitionsnummer INV121800 (Stammkapital Bergische Ges. f. Ressourceneffizienz, NEU) bereitgestellt. Die Deckung erfolgt im Rahmen des Jahresabschlusses. Die Finanzierbarkeit der Maßnahme ist im Rahmen der Fortschreibung des Investitionsprogramms gesichert.
6. Der für das Rumpfgeschäftsjahr 2012 zu zahlende Betriebskostenzuschuss von 16.406,25 € wird im Produkt 09.01.01 bei dem neu zu bildenden Sachkonto 5315101 – An Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH – außerplanmäßig bereit gestellt. Die Deckung erfolgt im Rahmen des Jahresabschlusses 2012.
7. Der ab 2013 jährlich zu zahlende Betriebskostenzuschuss von 21.875,00 €, sowie ggf. ein zu übernehmender Anteil des Finanzierungsbedarfs des von der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH zu leistenden Betriebskostenzuschusses für das Jahr 2013 sind im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes 2013/2014 und des Finanzplanes 2012 – 2017 einzuplanen.

**5. Außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Landtagswahl am 13. Mai 2012
Vorlage: 14/1815**

Auf Fragen von RM Günhe bestätigt Beig. Dr. Henkelmann, dass für die in der Vorlage dargestellten Kosten der Landtagswahl vom Land eine Kostenerstattung in voller Höhe zu erwarten sei.

Abstimmungsergebnis:

Ja 46 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Für die Durchführung der Landtagswahl am 13. Mai 2012 werden außerplanmäßige Mittel in Höhe von 70.000 EUR bereit gestellt.

OB Wilding schließt die Sitzung.

gez.

Beate Wilding
Oberbürgermeisterin

gez.

Jürgen Schulz
Schriftführer

Anlagen

zu TOP der Niederschrift vom 04.05.2012 über die Sitzung des Rates am 29.03.2012

3. Entwurf des Haushaltssanierungsplans für die Stadt Remscheid im Rahmen der Umsetzung des Stärkungspaktgesetzes Nordrhein-Westfalen

Vorlage: 14/1832

Rede der Oberbürgermeisterin zur Einbringung des Haushaltssanierungsplanes